

# Stadt und Bezirksamt Freising 1933/1934

Von Paul Hoser

Machtergreifung und Gleichschaltung beschränkten sich 1933/1934 natürlich nicht nur auf die Stadt, sondern erfassten auch das staatliche Bezirksamt Freising. Bezirksamtmann Dr. Karl Schels blieb im Amt, wobei ihm zeitweise Hans Lechner als SA-Sonderkommissar und Aufpasser an die Seite gestellt war. Der im Bezirksamt tätige Regierungsrat Friedrich Freiherr von Teuchert wurde am 1. Juli 1933 beurlaubt, da ihn Reichsstatthalter von Epp angefordert hatte.<sup>1</sup> Zwischen Schels und Freising's Bürgermeister Carl Lederer traten mehrfach Spannungen auf.

## *Streit um die Krankenhäuser*

Carl Lederer beschwerte sich schon früh bei der Gauleitung, dass der Bezirksamtmann nicht richtig mit ihm zusammenarbeite.<sup>2</sup> Er wollte eine Zusammenlegung der beiden Bezirkskrankenhäuser in Freising und Moosburg mit dem städtischen Krankenhaus in Freising. Schels widersetzte sich, weil die Bezirkskrankenhäuser sich selbst trügen und sowohl eine moderne Ausstattung als auch moderne Operationsmöglichkeiten böten. Dagegen sei das städtische Freisinger Krankenhaus alt und auch nicht so gut belegt wie die Bezirkskrankenhäuser. Der Bezirk könne kein Geld für den von Lederer gewünschten Neubau aufbringen. Lederer habe auf Anordnung des Reichskommissars für die Krankenkassen, Regierungsrat Riederer, die Kassen um Stellungnahme ersucht. Sie hätten sich für die Zusammenlegung mit Sitz in Moosburg entschieden. Nur die Zahl- und Meldestelle sollte in Freising bleiben. Lederer sei zu der Besprechung aus Anlass der endgültigen Beschlussfassung eingeladen gewesen, aber vor der Abstimmung weggegangen. Hinterher habe er sich beschwert, vor vollendete Tatsachen gestellt worden zu sein. Schels hatte ihm sehr deutlich gesagt, dass für die Angelegenheit ohnehin der Reichskommissar und nicht er zuständig sei. Lederer war der Ansicht, Schels habe für ihn ein Fiasko herbeigeführt und ihn in der gemeinsamen Sitzung mit dem Bürgermeister von Moosburg und früheren Kreisleiter Dr. Müller und dem Krankenkassenkommissar bloßgestellt.<sup>3</sup> Laut Schels sei Lederer überdies der Meinung, dass nach der neuen Gemeindeordnung die Gemeinderäte und Bezirkstagsmitglieder nur noch beratende Stimme hätten. Dem Kreisleiter würden aufgrund des Führerprinzips alle Entscheidungen zustehen. Schels stellte fest, falls dies richtig sei, treffe eine von ihm schon geäußerte Befürchtung zu, nämlich das Auftreten einer unvermeidlichen Interessenkollision von Bezirk und Staat, wenn, wie im vorliegenden Fall, der Kreisleiter gleichzeitig Bürgermeister von Freising sei. Er könnte dann alle Anträge und Wünsche der Stadt durch ein Machtwort auf Kosten des Bezirks durchsetzen. Der finanziell besser gestellte Bezirk müsse dann der notleidenden Stadt helfen. Unter dem früheren Kreisleiter Dr. Müller seien solche Zuständigkeitsfragen nie aufgetreten. Auch zwischen dem Beauftragten der Obersten SA-Führung beim Bezirksamt Freising und zweiten Bürgermeister Hans Lechner habe stets größte Harmonie geherrscht.

Schels errang hier einen Etappensieg, da das Innenministerium feststellte, dass Lederer seine Befugnisse überschritten habe. Auf die Zusammenlegung der Krankenkassen kam Lederer erst 1937 wieder zurück.<sup>4</sup> Doch waren die Krankenkassen noch 1939 in die Allgemeine Ortskrankenkasse Freising-Stadt und Freising-Land getrennt.<sup>5</sup>

## *Der Fall Josef Roßberger*

Die Harmonie des Bezirksamtmanns mit der SA war bald zu Ende. Am 17. November 1933 wurde im Auftrag des SA-Sonderbevollmächtigten bei der Regierung von Oberbayern, Wilhelm Schmid,<sup>6</sup> der Direktor des bischöflichen Knabenseminars, Josef Roßberger, wegen abfälliger Äußerungen über den Nationalsozialismus verhaftet.<sup>7</sup> Bezirksamtmann Schels war in seiner Eigenschaft als Stadtkommissär nicht einmal informiert worden. Lechner hatte, als er noch SA-Sonderbeauftragter<sup>8</sup> war, am 8. November Wilhelm Schmid über die diversen Auslassungen Roßbergers informiert und ein Vorgehen gegen diesen gefordert.<sup>9</sup> Lechner war seinerseits von Kreisleiter Lederer informiert worden, der sich auch schon beim Kultusministerium über Roßberger beschwert hatte und bei Lechner als Sonderkommissar am 8. November die Anzeige gegen Roßberger gemacht hatte. Auch die Bayerische Politische Polizei war eingeschaltet. Ludwig Pongratz war, wohl von Lederer veranlasst, am 12. November 1933 mit der Anzeige gegen Roßberger auch zu Schels gekommen und hatte die Verhaftung des Geistlichen verlangt. Schels hatte abgelehnt, weil er das Belastungsmaterial nicht erhalten hatte. Am 17. November informierte Schmid als Sonderbevollmächtigter der Obersten SA-Führung für die Kreisregierung von Schwaben und Neuburg den neuen Sonderbeauftragten für Freising, Josef Bimeslehner,<sup>10</sup> dass er dem Freisinger Gendarmeriekommandanten Hartmann die Anordnung gegeben habe, Roßberger zu verhaften.<sup>11</sup> Die Anordnung zur Verhaftung des Geistlichen war aber direkt an das Polizeireferat der Stadt Freising geschickt worden, sodass auch Bimeslehner nichts davon wusste. Zuständig für das Polizeireferat war der zweite Bürgermeister Lechner, der die ganze Angelegenheit ins Rollen gebracht hatte.<sup>12</sup> Als dann am 20. November die Zeugenaussagen vorlagen, erließ Schels am nächsten Tag den formell noch fehlenden amtlichen Haftbefehl. Den gegen ihn laut gewordenen Vorwurf, er habe die Verhaftung des Geistlichen kritisiert, bezeichnete er als böartige Verdrehung der Tatsachen. Er habe nur gerügt, dass ihn der Stadtrat umgangen habe. Damit sei er längere Zeit daran gehindert worden, den Haftbefehl des Sonderbevollmächtigten zu bestätigen. Die Ortsgruppe warf ihm auch vor, unter Brechung des Dienstgeheimnisses, das Ordinariat in München angerufen und dort mitgeteilt zu haben, dass er nicht die Schuld für die Verhaftung trage.<sup>13</sup>

## *Kompetenzgerangel*

Bald darauf nahmen örtliche fanatische Nationalsozialisten Schels erneut unter Feuer. Der kommissarische Ortsgruppenführer Ernst Weidinger wollte drei Propagandabroschüren zur Bevölkerungspolitik verbreiten. Er erließ am 13. Dezember einen Aufruf, der zum Kauf der Broschüren aufforderte.<sup>14</sup> Darin hieß es: »Wir wissen aus den Listen vom Eintopfgericht: Der arme Postbote mit 110,- RM Einkommen und 5-köpfiger Familie zeichnet lautlos 70 Pfg. – der Ober ... so und so mit 800,- RM Einkommen und kleinerer Familie zeichnet nach vielem Kreischen 1,- Mark. Sie alle sind erkannt! Sie stehen auf den Listen! Sie alle werden noch gewogen! – aber diesmal noch auf dieser Welt!«<sup>15</sup> Nach Darstellung Weidingers war dieser Angriff auf das unsoziale Verhalten mancher Angehöriger der Oberschicht mit seinem drohenden Ton gegen niemand persönlich gerichtet gewesen. Schels habe sich aber getrof-

fen gefühlt und vom neuen Sonderbeauftragten der Obersten SA-Führung, Standartenführer Bimeslehner, das Einverständnis verlangt, den Verbreitungsauftrag durch die städtische Partei beschlagnahmen zu lassen. Er habe dies über den Kopf des städtischen Polizeireferenten Lechner hinweg getan. Auch den Ortsgruppenleiter und den Kreisleiter habe er nicht verständigt. Polizeinspektor Hartl fürchtete, es werde einen schlechten Eindruck machen, wenn man bei 60 Zellenleitern und Blockwarten eine Beschlagnahme und eventuelle Durchsuchung vornehme.<sup>16</sup> Er informierte den städtischen Oberinspektor Beslmüller und den Rechtsrat Bergmann. Beslmüller unterrichtete wiederum Lechner. Schels hob dann die Anordnung wieder auf. Er hatte aber schon bei deren Herausgabe betont, es dürfe auf keinen Fall eine Haussuchung stattfinden.<sup>17</sup> Die Partei war mit dem Bezirksamt in keiner Weise zufrieden. Kreisleiter Carl Lederer schrieb an den Gauleiter und Innenminister Wagner, er möge die Pensionierung von Schels herbeiführen, der allerdings erst 57 Jahre alt war.<sup>18</sup> Schon einen Monat vorher hatte er bei Stabsleiter Max Köglmaier gefordert, Schels solle seine Funktion als Stadtkommissar verlieren.<sup>19</sup> Diese habe ihm der alte Staat übertragen, da die Bürgermeister von der Stadtratsmehrheit abhängig gewesen seien und dadurch möglicher Schaden für den Staat entstehen hätte können. Da durch die nationalsozialistische Revolution aber die Leitung der Stadt Freising in die Hand von Nationalsozialisten übergegangen sei, sei die Oberaufsicht durch einen Staatsbeamten, der alles andere als ein Nationalsozialist sei, unzumutbar. Innenminister Wagner erfüllte aber seinen Wunsch nicht. Dem Freisinger Stadtrat wurde mitgeteilt, dass zwar der erste Bürgermeister in erster Linie für die Sicherheitspolizei zuständig sei und sich die Kompetenz der Stadtkommissare auf die Fälle bedrohter oder gestörter öffentlicher Ruhe beschränke, die grundsätzliche Regelung, die noch auf eine Anordnung vom 29. Juni 1869 zurückging, vorerst aber bestehen bleibe.<sup>20</sup>

### *Intrigen gegen Schels*

Schels hatte inzwischen von Bimeslehner erfahren, Lederer habe behauptet, Schels hätte eine Haussuchung wegen des verteilten Aufrufs angeordnet. Er protestierte: Dies sei ganz und gar un wahr.<sup>21</sup> Er habe von Lederer nur verlangt, den Aufruf wieder einsammeln zu lassen. Schels bat das Innenministerium wegen der sich häufenden Verunglimpfungen um Schutz und suchte um eine Audienz nach, bei der auch Bimeslehner dabei sein sollte. Schon am 5. Januar 1934 hatte Gauamtsleiter Franz Xaver Reichinger den Staatssekretär im Innenministerium, Köglmaier, gebeten, die Angelegenheit Minister Adolf Wagner vorzulegen, der durch Lederer bereits informiert sei.<sup>22</sup> Der kommissarische Ortsgruppenführer Ernst Weidinger erinnerte daran, dass Schels in der Zeit, als die Nationalsozialisten noch Opposition waren, sie dauernd durch Verbote und Beschlagnahmen bekämpft und bei der Machtübernahme erklärt habe, er weiche nur der Gewalt. Noch am 5. März 1933 habe er die Beschlagnahme eines nationalsozialistischen Wahlplakats angeordnet. Im April habe er allerdings um eine Aufnahme in die NSDAP ersucht, ein zweifelsohne opportunistisches Verhalten. Man hatte ihm aber nur provisorisch eine vorläufige Mitgliedskarte ausgehändigt. Erst auf flehende, »kniefällige Bitten« von Schels' Frau habe sie ihm Ortsgruppenleiter Dippert im November 1933 ausgehändigt. Schels habe es fertiggebracht, den neuernannten Sonderbeauftragten der SA, Bimeslehner, zu seinem Werkzeug zu machen.<sup>23</sup> Der Bezirksamt sei kein Nationalsozialist. Er verstehe die nationalsozialistische Revolution nicht. Die Ortsgruppe

erkläre deshalb seine Mitgliedschaft für nichtig. Der damalige Kreisgeschäftsführer schrieb der Gauleitung am 12. Januar 1934, als er Schels in höflichster Weise im Auftrag des Kreisleiters eine dienstliche Meldung erstatten wollte, habe ihn dieser nicht zu Wort kommen lassen, sondern unter lautem Brüllen zu verstehen gegeben, er sei in seinem Alter und bei seinen zerrütteten Nerven nicht mehr in der Lage, Erklärungen entgegenzunehmen: »Die Kreisleitung hat den Eindruck, dass Dr. Schels, trotzdem er noch nicht das Pensionierungsalter erreicht hat, dennoch schon pensionierfähig ist, weil er eben infolge seiner Überreizung den Kontakt mit der Bevölkerung nach und nach verlieren wird.«<sup>24</sup>

Inzwischen hatte sich allerdings der frühere Kreisleiter Dr. Müller für Schels bei Köglmaier verwendet.<sup>25</sup> Denn: Man führe gegen ihn keinen sachlichen, sondern einen rein persönlichen Kampf. Schels vertrete die Interessen des Bezirks, weshalb er mit dem Bürgermeister von Freising in Konflikt geraten sei. Dr. Müller schrieb, es sei ihm sehr unangenehm, gegen Lederer Stellung nehmen zu müssen. Schels habe aber ihn selbst, als er noch Kreisleiter war, unterstützt, wo er konnte. Er kenne ihn seit 1924. Schels sei nie Anhänger der BVP gewesen. 1929 habe er sich für das von der Rechten initiierte Volksbegehren gegen den Youngplan eingetragen und damit persönlichen Mut bewiesen. Es sei ihm gegen den Strich gegangen, wenn er auf Anordnung des damaligen Innenministers Karl Stützel den Nationalsozialisten Schwierigkeiten machen musste.

Die Erhebungen im Innenministerium verliefen zugunsten von Schels. Tatsächlich war er nach der Verhaftung Roßbergers von Generalvikar Ferdinand Buchwieser angerufen worden und hatte diesem mitgeteilt, er wisse keine Einzelheiten. Buchwieser sollte sich an den Sonderbevollmächtigten der SA-Führung bei der Regierung von Oberbayern oder an die Bayerische Politische Polizei wenden.<sup>26</sup> Der anprangende Aufruf der Ortsgruppe habe sich auf ihn bezogen. Dies sei für alle Freisinger unmissverständlich gewesen. Schels habe keine Haussuchung bei Parteistellen befohlen, die kritisierte Beschlagnahme habe der SA-Sonderbevollmächtigte angeordnet. Schels ließ sich auch vom Gauparteigericht vernehmen, obwohl er dessen Zuständigkeit als Staatsbeamter bestritt. Nach Dr. Müller habe er dies aber akzeptiert, um seine Unschuld nachzuweisen.<sup>27</sup> Unabhängig davon ging aber das Gerücht um, er habe von sich aus den Generalvikar angerufen, um Lechner anzuschwärzen und sich reinzuwaschen, was er als schwere Beleidigung empfand. Er sah alles als Racheakt Carl Lederers an, weil er dessen Plänen nicht entgegengekommen war. Lederer gab nicht auf und ersuchte erneut um eine schnelle Umbesetzung des Postens des Bezirksamtschefs. Die ganze Sache hatte Schels offenbar sehr zugesetzt.<sup>28</sup> Er ging in Urlaub nach Mittenwald. Von dort brachte man ihn in bedenklichem Zustand am 5. Juli 1934 nach Freising zurück, wo er vier Tage später einem Herzleiden erlag.<sup>29</sup>

Mit seinem Nachfolger Heinrich Heidenreich<sup>30</sup> kam Carl Lederer offenbar besser aus. Der stellvertretende Gauleiter Nippold urteilte im Januar 1937, in politischer Hinsicht sei nichts Nachteiliges über ihn bekannt geworden. Er sei zwar der Typ des alten Beamten, den man nicht mehr als positiven Kämpfer verwenden könne, doch sei er bemüht, die nationalsozialistische Ideenwelt zu erfassen und mit der Partei in engstem Einvernehmen zu wirken.<sup>31</sup>

Durchaus modellhaft lassen sich an den geschilderten Ereignissen zwei Phänomene der Jahre 1933/1934 beobachten: Einmal die Rivalität zwischen den Parteiinstitutionen und den Staatsorganen und zum anderen das Kompetenz- und Machtgerangel innerhalb der NSDAP.

#### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Freisinger Tagblatt vom 1. 7. 1933.  
<sup>2</sup> Schels an Regierung von Oberbayern, 25. 9. 1933, BayHStA, MInn 79013.  
<sup>3</sup> Dr. Müller stand aufseiten von Schels, da er durch die Eingemeindung von Vötting untragbare finanzielle Belastungen für den Bezirk und damit auch für die Stadt Moosburg befürchtete. Ihm wurde auch ein Bericht des SD (Sicherheitsdienstes der SD) vorgelegt, der Verleumdungen gegen Schels enthielt. Protokoll der öffentlichen Sitzung der Spruchkammer beim Arbeits- und Internierungslager Moosburg vom 25. 4. 1948, StAM, Spruchkammern, K 1209, Dr. Hermann Müller, fol. 119–121.  
<sup>4</sup> Bericht vom 3. 7. 1937, Entschlüssen des Rats der Stadt 1935–1943, StadtAFreising.  
<sup>5</sup> Adressbuch 1939, S. 12.  
<sup>6</sup> Zu Wilhelm Schmid: *Joachim Lilla: Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstages 1933–1945. Düsseldorf 2004*, S. 567.  
<sup>7</sup> Schmid an Bimeslehner, 17. 11. 1933, StAM, Staatsanwaltschaften 7622, fol. 3; Schels an MInn, 21. 12. 1933, BayHStA, MInn 79013.  
<sup>8</sup> Seit 1. September 1933 hießen die vormaligen Sonderkommissare bei den Bezirksämtern »Sonderbeauftragte«, die bei den Kreisregierungen »Sonderbevollmächtigte«; s. Paul Hoser, Sturmbteilung (SA), 1921–1923/1925–1945, in: *Historisches Lexikon Bayerns*, URL: <[http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel\\_44621](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44621)> (27. 10. 2014).  
<sup>9</sup> Lechner an Schmid, 8. 11. 1933, StAM, Staatsanwaltschaften 7622, fol. 1 f.  
<sup>10</sup> Bimeslehner war von Beruf Landesbranddirektor. Hauptkammer München-Land an MF, 16. 7. 1951, StAM, Spruchkammern, K 3356, Josef Bimeslehner.  
<sup>11</sup> Schmid an Bimeslehner, 17. 11. 1933, StAM, Staatsanwaltschaften 7622, fol. 3.  
<sup>12</sup> Übersichtsgliederung der Zuständigkeiten in der Stadtverwaltung Freising, Altregistratur III-380, StadtAFreising.  
<sup>13</sup> Weidinger an Gauleitung München-Oberbayern, 28. 12. 1933, BayHStA, MInn 79013. Zur Rolle von Schels auch: Verfahren Fleschue, Bundesarchiv Berlin, OPG, J 1025, Filmmr. 2259 f.  
<sup>14</sup> Weidinger an Gauleitung München-Oberbayern, 28. 12. 1933, BayHStA, MInn 79013.  
<sup>15</sup> Zitiert in BayHStA, MInn 79013.  
<sup>16</sup> Schreiben Hartls vom 27. 1. 1934, BayHStA, MInn 79013.  
<sup>17</sup> Schels an MInn, 11. 3. 1934, BayHStA, MInn 79013; Aussage des Polizeioberkommissärs Hartmann im Verfahren des Obersten Parteigerichts gegen von Fleschue und Wilczek, o. D. Bundesarchiv Berlin, OPG J 0125, Filmseite 2260.  
<sup>18</sup> Lederer an Gauleitung München-Oberbayern, 30. 12. 1933, BayHStA, MInn 79013.  
<sup>19</sup> Lederer an Köglmaier, 30. 11. 1933, Altregistratur II-4991, StadtAFreising.  
<sup>20</sup> Wagner an Stadtrat Freising, 19. 4. 1934, Altregistratur II-4991, StadtAFreising.  
<sup>21</sup> Schels an MInn, 11. 3. 1934, BayHStA, MInn 79013.  
<sup>22</sup> Reichinger an Köglmaier, 5. 1. 1934, BayHStA, MInn 79013.  
<sup>23</sup> Zum positiven Verhältnis zwischen Schels und Bimeslehner s. a. Schels an Regierung von Oberbayern, 18. 12. 1933, StAM, LRA 116552.  
<sup>24</sup> Kreisgeschäftsführer [Name unleserlich, vermutlich Ludwig Schrott] an Gauleitung München-Oberbayern, 12. 1. 1934, BayHStA, MInn 79013.  
<sup>25</sup> Müller an Köglmaier, 11. 1. 1934, BayHStA, MInn 79013.  
<sup>26</sup> Darstellung vom 22. 1. 1934, BayHStA, MInn 79013.  
<sup>27</sup> Schels an den Vorsitzenden des Gauparteigerichts, Rechtsanwalt Dr. Greineder, 5. 2. 1934, BayHStA, MInn 79013.  
<sup>28</sup> Gauorganisationsleiter Reichinger an Köglmaier, 6. 2. 1934, BayHStA, MInn 79013.  
<sup>29</sup> Bericht des Regierungsrats Dr. Bayerl vom Bezirksamt Freising vom 9. 7. 1934, BayHStA, MInn 79013; Freisinger Tagblatt vom 10. 7. und 13. 7. 1934; Freisinger Nachrichten vom 10. 7. 1934.  
<sup>30</sup> Zu Heinrich Heidenreich: Freisinger Tagblatt vom 6. 10. 1934 und 25. 10. 1940; Freisinger Nachrichten vom 6. und 7./8. 10. 1934; StAM, Spruchkammern, K 3249, Heinrich Heidenreich.  
<sup>31</sup> Beurteilungsbogen 11. 11. 1936, Bundesarchiv Berlin, Pk E 70, Filmmr. 0884; auch in BayHStA, MInn 83804 mit Datum 2. 1. 1937.

Anschrift des Verfassers:  
Dr. Paul Hoser, Am Glockenbach 8, 80469 München

## Die Rolle der SA in Freising 1933/1934

Zur Ausübung hoheitlicher Funktionen während der Machtergreifung und Gleichschaltung

Von Paul Hoser

*Der Aufsatz schließt an meine Beiträge an »Die Anfänge des Nationalsozialismus in Freising bis 1933«, in: AMPERLAND 51 (2015) Heft 3, S. 424–428 und »Die Machtergreifung in Freising 1933«, in: AMPERLAND 51 (2015), Heft 4, S. 449–455.*

Die 1920 als Turn- und Sportabteilung der NSDAP gegründete, 1921 in »Sturmbteilung« (SA) umbenannte paramilitärische Kampforganisation spielte 1933/1934 auch in Freising eine gewichtige Rolle. Die Freisinger SA unter Hans Lechner und Alois Stockbauer trat im Wahljahr 1932 öffentlich massiv durch Aufmärsche und Aktionen in Erscheinung. Während der Machtergreifung war Hans Lechner SA-Sonderbeauftragter, er wurde aber in dieser Funktion noch 1933 abgelöst, ohne seine anderen Ämter zu verlieren.

### Josef Bimeslehner

In Freising und Erding ging die Funktion des SA-Sonderbeauftragten am 6. November 1933 an Josef Bimeslehner über.<sup>1</sup> Bimeslehner hatte zuvor einen schweren, die Parteikarriere gefährdenden Personenkonflikt überstehen müssen: 1931 war er mit dem allmächtigen Parteischatzmeister Franz Xaver Schwarz<sup>2</sup> aneinandergeraten. Nach einer Zeugenaussage hatte er Schwarz verdächtigt, als bezahlter Spitzel für eine andere Partei tätig zu sein.<sup>3</sup> Die SA-Revolution in Berlin hatte er mit den Worten kommentiert: »[...] soweit kommen wir auch bald und räumen den hiesigen die Bude aus.« Bimeslehner behauptete, nur Gerüchte um Schwarz wiedergegeben, diesen aber nicht selbst verdächtigt zu haben.<sup>4</sup> Er wurde aber am 29. August 1931 aus der NSDAP ausgeschlossen.<sup>5</sup> Dennoch beförderte man

ihn am 15. August 1933 zum SA-Standartenführer. Er folgte Hans Lechner als Sonderbeauftragter nach. Offenbar traute Bimeslehner seinem Vorgänger aber nicht über dem Weg. Am 28. Januar 1934 stellte er nämlich den Antrag, mit sofortiger Wirkung sämtliche Telefongespräche Lechners zu überwachen und ihm dann jeweils Bericht zu erstatten.<sup>6</sup> Lechner behielt aber seine Machtstellung als zweiter Bürgermeister. Führer der Standarte, zu der der SA-Sturmbann Freising gehörte, war nach Bimeslehner der SA-Oberführer Georg Biederer,<sup>7</sup> der Vorsitzende des Hopfenpflanzerverbandes Hallertau.<sup>8</sup> Mit dem Bezirksamtmann Dr. Schels kam Bimeslehner sehr gut aus. Schels berichtete schon einen Monat nach dessen Ernennung, seine Tätigkeit als Sonderbeauftragter finde bei allen Bevölkerungskreisen höchste Anerkennung. Mit ihm sei die denkbar beste Zusammenarbeit gewährleistet.<sup>9</sup>

### »Röhm-Affäre«

Die Röhm-Affäre wurde zwar in der Freisinger Presse zur Kenntnis genommen und gebührend verurteilt, spielte aber sonst im Ort keine Rolle.<sup>10</sup> Vor dem Ereignis waren Vorbereitungen für eine Kreistagung im Gang gewesen. Einzeltaugungen waren bereits angelaufen, »[...] allerdings unter einer ungeheuren Spannung auf die Dinge, die sich abgespielt haben mußten, von denen man aber bis zur Stunde außer einigen unkontrollierbaren Gerüchten nichts wußte, als plötzlich die Telegramme von der befreienden Tat des Führers und seinem Strafgericht über Verräter an Volk und Bewegung die Spannung lösten und den Alldruck, der auf uns allen lastete, hinwegnahmen. Mit einem Schlage standen nun diese Ereignisse im